
FDP Main-Kinzig

KREISTAGSABSTIMMUNG ÜBERRASCHT – SPD UND GRÜNE GEGEN VOLLUMFÄNGLICHE PRÜFUNG DER VARIANTE VIII

09.11.2017

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen CDU und FDP im Kreistag Main-Kinzig

Kreistagsabstimmung überrascht

SPD und Grüne gegen vollumfängliche Prüfung der Variante VIII

Die FDP-Fraktion hatte zur Kreistagssitzung am Freitag den 03. November 2017 einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der vorsieht, dass der Kreistag die Bahn auffordert, die Variante VIII vollumfänglich zu prüfen. Dieser Antrag wurde durch die Gegenstimmen der Fraktionen SPD, die Linke und der Grünen vom Kreistag nicht als dringlich eingestuft und somit erst gar nicht beraten.

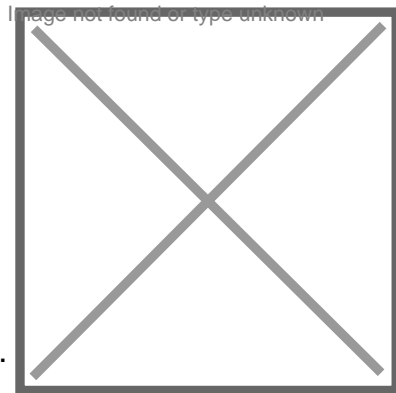
„Wir sind sehr überrascht, dass eine knappe Mehrheit im Kreistag den Antrag nicht als dringlich einstuft. So war eine Debatte über den Antrag im Kreistag erst gar nicht möglich“, berichtet der Fraktionsvorsitzende der FDP Kolja Saß.

„Die Politik im Main-Kinzig-Kreis muss zeigen, dass sie nicht als Unbeteiligter neben dem Spielfeld stehen will. Die Bahn muss erkennen, dass wir bis zum Ende aktiv an dem Prozess teilnehmen werden. Andernfalls werden wir vom Beobachter zum Spielball der Bahn“, stellt Saß klar und ergänzt: „Welches Zeichen die SPD mit ihrem „Nein“ an die Bahn senden möchte, ist uns ein absolutes Rätsel. Leider wurden ja nicht mal Argumente ausgetauscht, sondern bereits zu Beginn die Debatte ausgebremst.“

„Auch aus unserer Sicht ist es dringend geboten, dass die Variante VIII in gleicher Intensität, wie die anderen zur Diskussion stehenden Trassenverläufe, untersucht wird“, erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Reul übereinstimmend. Es

müssten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um eine Entscheidung mit der geringsten Beeinträchtigung der Schutzgüter Mensch und Natur treffen zu können.

„Das sind wir den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Nicht zuletzt auch um das Vertrauen der Menschen in ein transparentes Entscheidungsverfahren nicht zu gefährden“, betonten Reul und Saß und kündigen des Weiteren an, da unverständlicherweise die zweifellos vorhandene Dringlichkeit des Anliegens abgelehnt wurde, werde der FDP-Antrag dann in der



kommenden Kreistagssitzung am 1. Dezember beraten.